

Jessen, Ralph; Reichardt, Sven; Klein, Ansgar (Hrsg.): *Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften 2004. ISBN: 3-8100-3992-6; 376 S.

**Rezensiert von:** Karsten Borgmann, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Für die Beschäftigung mit „Zivilgesellschaft“ schlug Frank Trentmann in einem vor einigen Jahren erschienenen Sammelband das Bild eines „idealen öffentlichen Parks“ vor. Dort treffen die unterschiedlichsten Gruppen aufeinander und jede bringt jeweils eigene Vorstellungen von der richtigen Benutzung des öffentlichen Raums mit.<sup>1</sup> Führt man Trentmanns Bild weiter, ist dabei auch laufend mit Konflikten zu rechnen, weil ja jede Partei wiederum etwas andere Vorstellungen vom universellen Gemeinwohl im Kopf hat. Zivilgesellschaft aus dieser Perspektive ist also nicht der Park selbst, der als gemeinsame Errungenschaft gegen wechselnde Gegner aus Politik und Ökonomie verteidigt werden muss. Zivilgesellschaft ist ein Prozess, der einen zivilen *modus vivendi* beschreibt – ohne unter den Parkbewohnern ein gemeinsames Verständnis vom Leben im Park vorauszusetzen.

Insofern beschreibt „Zivilgesellschaft als Geschichte“ zunächst einmal die Gesellschaftsgeschichte des zivilen Miteinanders in der industriellen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts. Der Band vereinigt Darstellungen verschiedener Sozialgruppen, ihre Erfahrung von Ungleichheit, Fremdheit, sozialer bzw. kultureller Differenz. Im Wesentlichen gehen die Texte auf einen Workshop der ehemaligen Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ beim Präsidenten des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Jürgen Kocka, zurück; für die Veröffentlichung wurde der Kreis der Beiträger jedoch erweitert. Es sind überwiegend empirische Studien zur deutschen Gesellschaftsgeschichte, die auf umfangreichen individuellen Forschungsarbeiten basieren. Ergänzt werden sie um ideengeschichtliche Analysen, konzeptionelle Überlegungen und einige wenige vergleichende Blicke auf gesellschaftliche Entwicklungen in anderen Ländern.

<sup>1</sup>Trentman, Frank. Introduction. Paradoxes of Civil Society, in: Ders. (Hg.), Paradoxes of Civil Society. New Perspectives on Modern German and British History, New York 2000, S. 3-46, hier S. 8.

Die 17 Beiträge stellen darüber hinaus mehr oder weniger deutlich die Frage nach der Basis des gesellschaftlichen Miteinanders, nach Erfahrungen und Einstellungen, die ein ziviles Arrangement in der modernen Gesellschaft erst möglich machen. Hinsichtlich dieser Frage kann man im Falle von „Zivilgesellschaft und Geschichte“ durchaus von einer neuen Akzentsetzung bzw. Perspektivenerweiterung innerhalb der historischen Beschäftigung mit Zivilgesellschaft sprechen. Wurde die Frage nach der Basis der Zivilgesellschaft bislang häufig nur in Ergänzung zu einer Historiografie des Bürgertums und der bürgerlichen Gesellschaft angegangen, sucht die Mehrheit der Beiträge im vorliegenden Band die Grundlagen des zivilen Miteinanders nicht mehr allein in der historischen Erfahrung bürgerlicher Sozialgruppen. Stattdessen wird eher die fehlende Gemeinsamkeit zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen und teilweise divergierende Vorstellungen zivilgesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen deutlich. Während sich also die bisherige Forschung zum Bürgertum, vereinfacht gesagt, vorwiegend für die Frage der Integration immer neuer Gruppen von Bewohnern in den „Park“ der bürgerlichen Zivilgesellschaft interessierte, rücken in „Zivilgesellschaft als Geschichte“ zunehmend auch die latenten Konflikte der Parkbewohner untereinander in den Blick.

Die Frage nach den bürgerlichen Ursprüngen ziviler Verhaltensweisen – zu vermuten im Erfahrungsraum eines intellektuell regen, Handel treibenden, städtischen Bürgertums – ist damit nicht obsolet. Der Bedeutung von „Bürgerlichkeit“ als eines (konstruierten) Verhaltenstypus, als einer ideengeschichtlichen Rekonstruktion oder als einer identitätsstiftenden Eigenschaft des Bürgertums als sozialer Klasse gehen insbesondere die Beiträge von Kocka, Manfred Hettling, Christina Strecker und Thomas Adam nach. Aber für einen großen Teil der Beiträge steht das Bürgertum nicht mehr so sehr im Zentrum des Interesses. Überwiegend merkt man den Beiträgen Skepsis gegenüber einer zu schnellen Herleitung des „Zivilen“ aus dem „Bürgerlichen“ und der Annahme einer einheitlichen Wertebasis der modernen Gesellschaft an. Stattdessen geht eine ganze Reihe der AutorInnen zunächst vom Partiiellen, von der Geschichte separater gemeinschaftlicher Sozialerfahrungen aus, von denen nicht auf die Gemeinsamkeit eines zivilgesellschaftlichen Bewusstseins geschlossen werden kann. Thomas Welskopp schlägt in

---

seinem Beitrag z.B. vor, „Zivilgesellschaft‘ als dynamisches, umstrittenes Feld [zu] denken, in dem Widersprüche nicht aufgelöst, sondern ausgekämpft werden, in dem sich teils deckende, teils einander ausschließende Alternativen aufeinander prallen und in dem sich universalistische Ansprüche als partikulare Positionen erweisen“(S. 66).

Exemplarisch zeigt Welskopp dies am Beispiel zivilgesellschaftlicher Werte in der Formierungsphase der deutschen Sozialdemokratie. Mit „Manneszucht“ und „Selbstbeherrschung“ analysiert er zwei Diskurselemente, mit denen im Industrieproletariat verbreitete Erwartungen an zivile Verhaltenskonventionen artikuliert wurden. Diese dienten zugleich der Abgrenzung gegenüber „nicht-zivilen“ Gegnern, dem Klerus, der militaristischen Obrigkeit und dem „Großkapital“. Die Sozialdemokratie verstand sich, so Welskopp, als Vertreterin der „eigentlichen“ Zivilgesellschaft (S. 86) – ein lautstark vorgetragener Anspruch, der auf das bürgerliche Lager zunehmend bedrohlich wirkte. In einem anderen Beitrag untersucht Hermann-Josef Große Kracht einen weiteren „nicht-bürgerlichen“ Gesellschaftsteil, die ultramontanen Katholiken im 19. Jahrhundert, die sich ähnlich wie die Sozialdemokratie weltanschaulich deutlich abschotteten. Große Kracht zeigt, wie nicht in der Assimilation, sondern gerade in der Selbstbehauptung von Eigenständigkeit das katholische Bevölkerungssegment – parallel zum massiven Ausbau katholischer Organisationen, Institutionen und Medien – schließlich zu einer der wichtigsten Säulen des zivilen Miteinanders in der Weimarer Republik wurde. Die Ursache sieht Große Kracht u.a. in der langen Konflikt- und Organisationserfahrung des katholischen Milieus, die dieses, ähnlich wie die Sozialdemokratie, zu einem berechenbaren gesellschaftspolitischen Faktor werden ließ.

Aber auch mitten im bürgerlichen Zentrum der Gesellschaft finden sich konfrontative Vorstellungen vom Gemeinwohl, die sich gegeneinander absetzten, wie Till van Rahden am Beispiel des jüdischen Bürgertums zeigt. Einerseits wurden Juden zum identitätsstiftenden Feindbild einer konservativen, staats-, militär- und adelsnahen Fraktion im Bürgertum. Andererseits spielten Juden in den wichtigsten sozial- und kulturpolitischen Reformbestrebungen am Beginn des 20. Jahrhunderts eine herausgehobene Rolle und wurden so zum Sammelpunkt eines linksliberalen Lagers innerhalb der bürgerlichen Elite. Gunilla-Friederike Budde be-

schreibt eine vergleichbare Separierung sich abgrenzender zivilgesellschaftlicher Handlungsräume anhand der Rolle von Frauen. Jenseits der „klassischen“ männlich dominierten bürgerlichen Öffentlichkeit besetzten Frauen wichtige Plätze in informellen Netzwerken. Diese informellen Domänen, halb öffentlich, halb privat entwickelten sich nicht in Konkurrenz sondern weit gehend separat von anderen Öffentlichkeiten, dienten der Abgrenzung „männlicher“ und „weiblicher“ Verhaltensweisen und blieben dennoch funktional aufeinander bezogen.

Insgesamt entsteht so das Bild einer deutschen Gesellschaft, in der am Beginn des 20. Jahrhunderts keineswegs ein Mangel an vorbildlichen Trägergruppen zivilgesellschaftlicher Werte herrschte. Jedoch scheinen diese universalistischen Vorstellungen sich eher gegeneinander abgesetzt zu haben. Eine dominante Ordnungsvorstellung mit verbindlicher Reichweite in die Gesellschaft ist nicht zu erkennen. Und nicht in allen Fällen mündete die gesellschaftspolitische Konflikterfahrung in ein Arrangement mit Demokratie und Republik.

Einen solchen Fall, nämlich eine Gruppe, die sich deutlich abschottete und die eine überwiegend feindliche Haltung gegenüber dem gesamten gesellschaftlichen System ausprägte, untersucht Stephan Malinowski in seinem Beitrag über den deutschen Adel. Die deutsche Aristokratie, insbesondere in ihrer ostpreußischen Variante, verfügte zwar über vielfältige Traditionen sozialer Verantwortung, insgesamt fehlte ihr aber grundsätzlich der Wille oder auch die Fähigkeit, so Malinowski, zum zivilen, nicht autokratischen Arrangement. Im Beharren auf eigenen Ordnungsvorstellungen nahm sich die dominante Fraktion der deutschen Aristokratie ausdrücklich vom „zivilen“ gesellschaftlichen Kompromiss aus. Malinowski warnt davor, methodisch mit der Suche nach Zivilgesellschaft als gewaltfreiem, zivilem Raum die Bedeutung eben jener Gruppen zu unterschätzen, die aktiv und mit erheblichem Zerstörungspotenzial die Idee eines „öffentlichen Parks“ bekämpften. Ähnlich negativen Aspekten „zivilgesellschaftlicher“ Selbstorganisation widmet sich Sven Reichardt. Er fragt nach der zivilen Qualität des reichhaltigen, nicht-staatlichen Organisationswesens paramilitärischer Verbände in Deutschland und Italien am Beginn des 20. Jahrhunderts und kritisiert dabei eine nach wie vor aktuelle Strömung in den Sozial- und Politikwissenschaften, die vor allem im Anschluss an Robert Putnam versucht, von der

Quantität zivilgesellschaftlicher Institutionen auf die Qualität des gesamtgesellschaftlichen Miteinanders zu schließen. Schaut man jedoch mit Reichardt auf die tatsächlichen Ziele und Überzeugungen, die insbesondere in Vereinen vorherrschten, so zeigt sich, wie gerade das ausgeprägte bürgerliche Vereinswesen der Entstehung des systemfeindlichen Milieus des deutschen und italienischen Faschismus Vorschub leistete.

Verabschiedet man sich also von der Vorstellung einer Zivilgesellschaft, die auf der Grundlage tatsächlicher gemeinsamer Werte funktionierte, oder der Annahme, dass ein breites Vereinswesen dazu angetan wäre, potenzielle Krisen des zivilen Miteinanders zu verhindern, bleibt die Frage nach den Kräften, die dennoch einen geregelten Zusammenhalt ermöglichten. Hier rückten in erster Linie die Funktionalität des modernen Staatswesens und die Eigenheiten der politischen Partizipation bzw. Repräsentation in den Blick, die ja, theoretisch, für den entsprechenden Ausgleich divergierender gesellschaftlicher Interessenlagen sorgen sollten. Thomas Mergel untersucht in seinem Beitrag am Beispiel Deutschlands und Englands in der Zwischenkriegszeit die Erwartungen des Wahlvolks gegenüber den Politikern und sucht nach Funktionen und Dysfunktionen des politischen Systems. Die deutsche Erwartung an die Politik war, laut Mergel, von einer kaum zu überbrückenden Dualität geprägt: Politiker sollten zugleich „Abbild“ und „Vorbild“ des Volkes sein. Erwartet wurde, dass sie einerseits als Repräsentanten partikularer Interessenpolitik den Vorstellungen ihrer Wahlklientel folgten. Andererseits formulierte man ihnen gegenüber einen extrem hohen gesellschaftsgestaltenden Anspruch und erwartete nationale „Führung“. Dieses Schema produzierte zwangsläufig Enttäuschungen - Enttäuschungen, die, so Mergel, im englischen Fall aufgrund insgesamt geringerer Erwartungen auch geringer ausfielen.

Einen anderen Fall von Umsetzung öffentlicher Erwartungen in kommunale Kulturpolitik schildert Margaret Menniger. Das Leipziger Stadttheater, eine Einrichtung, die 1817 auf Initiative privater Bürger gegründet wurde, die aber bereits von Anfang an eng mit der städtischen Verwaltung kooperierte, stand bis zu seiner endgültigen Übernahme in die kommunale Verantwortung im Mittelpunkt öffentlicher Kritik, die teilweise die Form von Kampagnen annahm. Menninger weist darauf hin, dass diese privat initiierten Handlungs- und Organisationsformen überwiegend darauf ausge-

richtet waren, das Theater in die städtische Verwaltung zu integrieren. Hier sollte, so Menniger, „die Interdependenz von Staat und Zivilgesellschaft nicht ausschließlich als Konfliktkonstellation verstanden werden“. Stattdessen „glaubten die Unterstützer des öffentlichen Theaters, dass ihre Vision von Zivilgesellschaft erst realisiert werden könne, wenn die Stadtregierung sich dazu bereit erklärte, das Theater umfassend zu fördern“ (S. 192). Verbreitete Erwartungen an kulturpolitische Neutralität wie auch fachliche Autorität des staatlichen Gegenübers spielten hier eine entscheidende Rolle.

Zwei Beispiele, die solche Beobachtungen der deutschen Verhältnisse vergleichbar und damit systematisierbar machen könnten, liefert Jürgen Nautz, der den Blick weg von der deutschen Geschichte auf zwei Nachbarländer, Österreich und die Niederlande richtet. Beide Länder gelten allgemein als Musterbeispiele weltanschaulicher Segmentierung. In Österreich standen sich vor allem ein katholisch-konservatives und das sozialdemokratische „Lager“ unversöhnlich gegenüber, in den Niederlanden grenzten sich zwei christliche und eine sozialdemokratische „Säule“ gegeneinander ab. Unterschiede zeigen beide Länder bis zum Zweiten Weltkrieg jedoch im Ausmaß der gegenseitigen Akzeptanz der verschiedenen weltanschaulichen Gruppen. Während in den Niederlanden die verschiedenen „Säulen“ miteinander um Ressourcen konkurrierten, aber die Existenz der anderen nicht grundsätzlich infrage stellten, fehlte diese Toleranz in Österreich. Der Kampf gegen den weltanschaulichen Gegner wurde zum zentralen Sammelpunkt der militanten gesellschaftlichen Selbstorganisation und führte das Land in bürgerkriegsähnliche Zustände, autoritäre Diktatur und schließlich den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland. Der Schlüssel für die unterschiedliche Entwicklung, so Nautz, liegt in der unterschiedlichen Rolle des Staates und des politischen Systems. Während im Parteienstaat der ersten Österreichischen Republik das politische System stets als Instrument des einen oder anderen Lagers eingespannt wurde, wahrte die „Obrigkeit“ in den Niederlanden die Rolle eines minimal regulierenden Organs. Auch diese Beobachtungen verdeutlichen, wie wichtig die Beachtung des staatlich-bürokratischen Gegenübers für das Verständnis zivilgesellschaftlicher Binnenverhältnisse ist.

Nautz komparative und auf Typologisierung

---

verschiedener zivilgesellschaftlicher Entwicklungen angelegte Darstellung bleibt allerdings die Ausnahme im Band. Die Beiträge in „Zivilgesellschaft als Geschichte“ überzeugen durch eigenständige Überlegungen, Anschaulichkeit und Dichte, weniger durch ihr Interesse an gemeinsamen gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtentwürfen jenseits der deutschen Verhältnisse. Die Dekonstruktion des bisher in der Forschung vorherrschenden Zusammenhangs von Zivilität und Bürgerlichkeit durch eine Rekonstruktion partieller zivilgesellschaftlicher Erfahrungsräume regt an, weitere spezielle gesellschaftshistorische Untersuchungen in den Kontext der Frage nach „Zivilgesellschaft“ zu stellen. Dass der Band sich explizit der Zivilgesellschaft in der Krise widmet und stärker die Beachtung des staatlichen Gegenübers ziviler Gesellschaftspolitik einfordert, betont wichtige neue Aspekte in der Debatte. „Zivilgesellschaft als Geschichte“ erweist sich somit als gelungene Aktualisierung und Weiterführung zentraler gesellschaftshistorischer Fragen und Problembereiche.

HistLit 2005-1-123 / Karsten Borgmann über Jessen, Ralph; Reichardt, Sven; Klein, Ansgar (Hrsg.): *Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. Opladen 2004. In: H-Soz-u-Kult 16.02.2005.